

# Rede zur Einbringung des Haushaltsplanes 2014 in der Kreistagssitzung am 18. November 2013

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

in den Haushaltsdebatten der letzten Jahre haben wir immer wieder von „historischen Zeitpunkten“ gesprochen. Seit 2009 sorgte die europaweite Wirtschafts- und Finanzkrise dafür, drohten erst Staatsbankrotte in Europas Süden, der Zusammenbruch unserer Gemeinschaftswährung und zuletzt sogar die Zahlungsunfähigkeit der Wirtschaftsmacht Nummer 1, den USA.

Mit unmittelbaren Auswirkungen auf uns: Erst kam es im Zuge der Wirtschaftskrise zu Einbrüchen in Steuereinnahmen und Zuweisungen mit Rekord-Defiziten im Kreishaushalt, dann plötzlich zu 30 Mio. € aus Konjunkturprogrammen, die binnen weniger Wochen sinnvoll zu verplanen waren. Im Vorjahr folgte dann ein Schutzschirm-Programm, mit dessen 89-Mio.-€ Entschuldungshilfen wir uns unter einem Rettungsschirm wiederfanden, von dem wir vorher noch dachten, er werde nur zwischen Akropolis und Atlantikküste aufgespannt, nicht aber zwischen Vogelsberg und Vordertaunus.

So dynamisch, so schnelllebig sind die Zeiten finanzpolitisch geworden. Wer kann heute seriös voraussagen, was in 5 Jahren eintritt?

Verglichen mit den Jahren 2009 bis 2012 bewegen wir uns derzeit allerdings in – vergleichsweise – ruhigerem Fahrwasser.

Was nicht heißt, dass nicht auch heute gravierend Veränderndes vor unserer finanzpolitischen Haustür wartet. Doch dazu später mehr.

Ich möchte Sie heute mit acht zentralen Botschaften auf das Haushaltsjahr 2014 einstimmen.

Schauen wir uns dazu zunächst die Rahmendaten an:

- Der finanzielle Aufwand des Landkreises Gießen steigt im nächsten Jahr um 8,1 auf 299,9 Mio. €. Das sind 2,8 % mehr als 2013.
- Bei den Erträgen rechnen wir mit 290,4 Mio. €: 12,6 Mio. € oder 4,5 % mehr als im Vorjahr.
- Die Lücke ist das Jahresdefizit. Zum Jahresende 2014 dürfte bei 9,5 Mio. € liegen. Das sind 9,5 Mio. € zu viel. Aber immerhin 4,5 Mio. € oder 32 % weniger als im laufenden Jahr. Und es sind 13 Mio. € oder 58 % weniger als noch der Plan 2012 vorsah und sogar 30 Mio. € oder 76 % weniger als der Plan 2011 vorgab.

Die 1. Botschaft lautet deshalb: Unsere **finanzielle Situation verbessert** sich im dritten Jahr in Folge weiter. Aber: Sie ist noch lange nicht gut!

Die 2. Nachricht lautet:

Wir wollen auch im kommenden Jahr unseren langjährigen **Kurs der Entschuldung** im Bereich der von uns beeinflussbaren langfristigen Kredite fortführen. Um weitere 7,2 Mio. € soll der Schuldenstand 2014 sinken.

Das gelingt auch deshalb, weil wir Haushaltssicherungskonzepte ernst nehmen und z.B. verschärft überprüfen, welche Gebäude und Grundstücke wir nicht mehr für eigene Zwecke benötigen und Wert bringend veräußern können.

In Lich sollen so das Areal der ehemaligen Dietrich-Bonhoeffer- und Selma-Lagerlöff-Schule in der Jahnstraße und das Gelände zwischen der heutigen Dietrich-Bonhoeffer-Schule und der Innenstadt veräußert werden. Ebenso wollen wir Teile der ungenutzten Grünfläche an der Kreisvolksschule in Lich Richtung Straße zur Asklepios-Klinik zugunsten einiger Bauplätze verkaufen. Nicht zu vergessen die früheren Grundschulen Bellersheim und Kinzenbach, an denen die Standort-Kommunen für ihre Dorf-Innenentwicklung großes Interesse haben. Attraktive Dorf- und Stadtentwicklung geht einher mit Haushaltskonsolidierung bei uns.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen: Vom Sonderkonjunktur-Programm abgesehen, haben wir damit unsere Verbindlichkeiten im Bereich der langfristigen Kredite seit 1997 im 17. Jahr in Folge um über 100 Mio. € auf dann noch rund 78 Mio. € zum Jahresende 2014 reduziert.

Das ist eine - inzwischen hessenweit einmalige - Sanierungsleistung eines Landkreises aus eigenem Antrieb, für deren Mut und Durchsetzungskraft Ihnen als Kreistag – gleich welcher Regierungsmehrheit – Respekt gebührt und für die wir Anerkennung und Würdigung bei unseren Aufsichtsbehörden in Gießen und Wiesbaden einfordern und erwarten dürfen!

#### In engem Zusammenhang damit steht die 3. Botschaft:

Durch diese kontinuierliche Entschuldung und die Ablösung von 89 Mio. € Kassenkrediten durch den Schutzschirm sowie die anhaltend niedrige Zinslandschaft sinkt unsere **Zinsbelastung** auch 2014 weiter. Sie beträgt 2014 insgesamt 8,6 Mio. €, das sind 11 % oder gut 1,0 Mio. € weniger als 2013 und 2,1 Mio. € weniger als noch zum Höchststand 1997.

#### Auch die 4. Botschaft ist eine positive:

Der **Stellenplan des Kreises** soll sich 2014 nur um 0,28 Stellenanteile erhöhen. Die kostenneutrale Schaffung von zwei „Platzhalterstellen“ für die unbefristete Übernahme der besten Auszubildenden heraus gerechnet, reduziert sich die Summe der Planstellen 2014 sogar um 1,72 Anteile.

Aber auch das Budget der tatsächlichen Personalkosten entspricht 2014 exakt den vertraglichen Vorgaben des Schutzschirms. Dass bedeutet: Zusätzliche Bedarfe werden auch 2014 nach Möglichkeit durch interne Umstrukturierungen, Verlagerungen und Umsetzungen kompensiert.

Dies fällt umso schwerer, da es von Jahr zu Jahr zusätzliche Aufgaben durch neue Bundesgesetzes, durch Verlagerung von oben nach unten oder durch zuletzt wieder deutlich steigende Fallzahlen in der Sozialen Sicherung –

Stichwort Kinder- und Jugendschutz, Eingliederung von Menschen mit Behinderung oder der aktuellen Flüchtlingssituation – gibt. Nur durch permanente Aufgabenkritik und Effizienzsteigerungen können wir diesen Spagat leisten. Die auch 2014 weiter laufende Organisationsanalyse sukzessive aller Fachdienste der Kreisverwaltung hilft uns dabei im Erkennen und Heben von Potentialen.

Das ist im Alltag eine gewaltige Belastung und Herausforderung für alle Kolleginnen und Kollegen in der Kreisverwaltung, denen ich an dieser Stelle – ich denke auch in Ihrem Namen – eine sehr deutliche Wertschätzung für ihre Leistung, ihre tagtäglich zunehmend komplexe und hoch-kompetente Arbeit aussprechen möchte.

Lassen Sie mich zum Thema Stellenplan und Personalkosten aber noch sehr deutlich eine Situation benennen, der uns in der Personalsteuerung zunehmend belastet:

Dass wir ein gedeckeltes Budget für Personalkosten haben, ist in Ordnung. Es war auch unser Wunsch, weil es mehr Sinn als starre Stellenpläne oder tatsächlich besetzte Stellen zu irgendwelchen Stichtagen macht. Dass wir uns uneinig sind über die angemessene Höhe dieses Budgets, ist auch hinlänglich bekannt. Der Maßstab muss nach unserer Sicht nach wie vor bei dem mit dem Land vertraglich vereinbarten Schutzschirm-Wert liegen und nicht deutlich darunter.

Worüber aber dringend zu reden sein wird, ist die reine Ausgaben-Betrachtung bei Personalkosten. Gegenwärtig werden Einnahmen, die wir zunehmend aus der Refinanzierung von Stellen erfolgreich einwerben, nicht angerechnet.

Das führt zum Beispiel zu folgender Situation: Eine zu 100% vom Bund finanzierte Koordinationsstelle für ein Frühpräventionsprojekt im Rahmen des neuen Bundeskinderschutzgesetzes belastet das Personal-Budget meines Dezernats mit den vollen Personalkosten von rund 50.000 Euro. Diese Ausgaben muss ich – trotz vollständiger Refinanzierung - in Budgets anderer Abteilungen meines Dezernates einsparen.

Weil dies kein Einzelfall ist und gerade für Stellen, bei denen es um erwünschte, von EU, Bund oder Land geförderte Projekte und Programme geht, um gesellschaftlichen Zusammenhalt, um Energiewende oder um Gefahrenabwehr, blockiert uns diese Praxis. Klimaschutz-Manager, Jugendbildungsreferenten gegen rechte Strukturen oder Experten für vorbeugenden Brandschutz können wir gar nicht, nur verspätet, in jedem Fall aber derzeit nur zulasten anderer Abteilungen mit Pflichtleistungen einstellen. Und dies, obwohl deren Kosten – wie gesagt - ganz oder größtenteils von Dritten erstattet werden.

Was wir hier brauchen, ist eine Betrachtung und Steuerung nach dem Nettoaufwand, nach den Ausgaben abzüglich Einnahmen. Dieses Thema werden wir mit dem RP Gießen intensiv diskutieren.

#### Die 5. Botschaft, verehrte Damen und Herren, hat Licht- und Schattenseiten:

Wir werden nach gegenwärtigem Stand die **Auflagen des Schutzschirms** zur Konsolidierung für 2013 in allen Punkten einhalten. Zum Stand Ende September sind wir laut Prognose des 3. Quartalsberichts in der Defizit-Entwicklung mit knapp 1 Mio. € über Plan – also besser.

Aber wie sieht es für 2014 aus? Laut diesem Entwurf wollen wir unterm Strich in allen von uns beeinflussbaren Bereichen die selbst gesteckten und mit dem Land vertraglich vereinbarten Finanzziele erreichen:

Ob bei Personalaufwand, Sach- und Dienstleistungen, im Sozialbereich, bei der Unterhaltung von Schulen oder den freiwilligen Leistungen: Am Ende soll das jahresbezogene Defizit dem Abbaupfad für 2014 entsprechen.

Eine entscheidende Größe aber ist von uns nicht beeinflussbar. Sie wird 2014 – im Schutzschirm-Jargon - als erste „Prognosestörung“ in die Geschichte der Kreisfinanzen eingehen: Ich meine unsere Haupt-Einnahmequelle, die Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Trotz sprudelnder Steuerquellen landauf landab entwickeln sie sich nicht so, wie es das Land Ende 2012 uns und allen anderen Kreisen und Kommunen zu optimistisch prognostiziert hat.

Nach den neuesten Orientierungsdaten fehlen uns gegenüber den Prognosen vor einem Jahr 2,9 Mio. € Einnahmen für 2014, vor allem übrigens wegen stagnierender Kreis- und Schulumlagen.

Und das nicht nur im nächsten Jahr. Da auch für die Folgejahre pessimistischer geschätzt wird, summiert sich der zusätzliche Fehlbetrag - nur aus dem Kommunalen Finanzausgleich - auf die Schutzschirm-Laufzeit bis 2020 hochgerechnet auf 40 Mio. €. Eine Entwicklung übrigens, die bei fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten zu beobachten ist.

40 Mio. € Finanzierungslücke – verehrte Kolleginnen und Kollegen - ohne eigenes Verschulden, ohne zusätzliches Geldausgeben. Einfach so.

Wir und andere haben beim Vertragsschluss immer wieder auf die nach unserer Ansicht zu optimistischen Prognosen hingewiesen. Es wollte niemand hören.

Deshalb muss uns und vor allem dem Land als Vertragspartner klar sein: Diese Lücken werden wir aus eigener Kraft nicht schließen können.

Zumal sich weitere zusätzliche, unbeeinflussbare Risiken bereits auftun. Aus der Stadt Gießen war es bereits zu lesen: Auch bei uns ziehen wie landesweit die Sozialausgaben wieder dramatisch an. Alleine die Aufnahme von Flüchtlingen im Gießener Land wird 2013 4,5 Mio. € kosten. 1,2 Mio. € mehr als bisher vorgesehen.

Und nach den nochmals gestiegenen Prognosezahlen der letzten Tage, könnten 2014 noch einmal mindestens eine Million € hinzukommen, die in diesem Entwurf noch gar nicht berücksichtigt sind.

Deshalb sage ich als 6. Botschaft, die noch zum Thema Schutzschirm gehört: Wenn der Bund nicht endlich die **Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen** übernimmt und uns das Land nicht endlich zu 100% unseren Aufwand für eine menschenwürdige, wertschätzende Flüchtlingsarbeit erstattet, die wir gerne und ich glaube im Gießener Land sehr vorbildlich leisten, werden wir den Zielkorridor des Schutzschirm schneller verlassen als wir uns umschauchen können.

Hierzu gibt es nur eine Alternative: Das Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs zur Muster-Klage der Stadt Alsfeld verpflichtet das Land ab 2016 erstmals zu

einer – Zitat: „bedarfsgerecht“ – Finanzausstattung der Kreise und Kommunen für ihre Pflicht- und sogar freiwilligen Aufgaben. Die größte Reform der Kommunalfinanzierung in Hessen seit Kriegsende steht bevor. Die Blaupausen dazu entstehen gerade mit Hochdruck hinter den Kulissen.

Wenn der Landtag das Wort „bedarfsgerecht“ ernst nimmt, dann weist unser Haushalt ab 2016 keinen einzigen Euro Defizit mehr auf. Wir erledigen zu 99% gesetzliche Pflichtaufgaben. Dafür sind wir dann nach dem Alsfelder Urteil „bedarfsgerecht“ auszustatten. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss die Botschaft aus diesem Haus nach Wiesbaden sein.

Anrede,

Lassen Sie uns nun nach so vielen Zahlen, Statistiken und komplexer Finanzarithmetik zu den politischen Inhalten kommen. Zwischen Spardiktat, Pflichtaufgaben und Alltagsroutine im Sitzungsbetrieb erscheint es uns allen nicht selten so, als ließe sich politisch in diesen Zeiten überhaupt nichts mehr gestalten.

Eine Haushaltsberatung ist eine gute Gelegenheit, das Gegenteil zu belegen. Denn bei näherer Betrachtung gibt es – Feststellung Nummer 7 – auch 2014 trotz oder manchmal auch gerade wegen angespannter Haushaltslage wieder **herausragende politische Akzente** in der Gießener Kreispolitik.

Lassen Sie mich aus eigener thematischer Nähe mit der Sozialpolitik beginnen:

- Nach dem kreisweit erfolgreichen Start in das U3-Zeitalter wollen wir 2014 und 2015 die Kinderbetreuung bei Tagesmüttern und -vätern stärken. Durch eine neue Tagespflege-Satzung soll diese wichtige Arbeit der frühkindlichen Betreuung und Förderung attraktiver werden. Wir wollen mit steigenden Betreuungsätzen dazu beitragen, dass Tagespflege – die immerhin ein Drittel unseres Rechtsanspruchs U3 im Kreis abdeckt - zum anerkannten Berufsbild wird und man davon vor allem als Selbständige auch leben kann.
- Noch früher, schon in der Schwangerschaft, setzen wir mit dem neuen, vom Bund finanzierten Früh-Präventions-Projekt „Runde Sache“ an. Es

startete vor wenigen Tagen und geht 2014 in sein erstes volles Jahr. Hier sorgte die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kreis und Stadt Gießen im Bereich der Jugendhilfe – auf politischer wie Arbeitsebene – dafür, dass wir die Bundesmittel beider bündeln und die Koordinationsstelle in unserem Gesundheitsamt ansiedeln konnten. Zwei hoch motivierte Expertinnen in Frühen Hilfen organisieren hier den Einsatz von derzeit neun speziell ausgebildete Familienhebammen und Familien-Kinderkrankenschwestern, die als Honorarkräfte bereits in vollem Einsatz sind und dafür sorgen wollen, das ungeborene Kinder aus problematischem familiärem Umfeld nicht buchstäblich erst „in den Brunnen“ fallen, bevor das klassische Hilfesystem – vielleicht schon viel zu spät – starten kann. Frühest mögliche Hilfen schon vor der Entbindung für Mütter und Familien zu organisieren, ist das Ziel der „Runden Sache“.

- Dieses Programm flankiert hervorragend unsere gesamte Präventionsstrategie: Von Hallo Welt über Kita-Qualifizierung, U3- und Ganztagsbetreuung in Grundschulen bis zur Sozialarbeit an Schulen. Hier wollen wir das überaus erfolgreiche Modellprojekt an acht Grundschulen, das seit 2012 läuft, ab Sommer nächsten Jahres in den Regelbetrieb überführen. Die Sozialarbeit an Schulen im Landkreis Gießen ist ein inzwischen hessenweit beachtetes Erfolgsprojekt. Es zeichnet sich nicht nur durch einen von Anbeginn an parteiübergreifenden Konsens aus, sondern durch höchste Fachlichkeit, enge Kommunikation und Kooperation und Verbindlichkeit. Zwischen den vier beteiligten Freien Trägern, über 20 Schulen, der Jugend- und Schulverwaltung des Kreises und allen Städten und Gemeinden existieren verbindliche Kooperationsverträge, die alle nicht nur zur Zusammenarbeit verpflichtet, sondern die unter unserer Gesamtleitung tagtäglich erfolgreich gelebt wird.

Wir können, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, auf die Entwicklung dieses modellhaften Projektes der Sozialen Daseinsvorsorge in unserem Landkreis mit Fug und Recht stolz sein.

- Ebenso wie auf die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten am Übergang von Schule und Beruf, die direkt an die Sozialarbeit anknüpfen und 2014

erstmalig in voller Ausprägung im neuen Geiste gebündelter Kräfte an den Start gehen. Von der Stabstelle Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt im Dezernat von Landrätin Schneider koordiniert und konzipiert, fließen jetzt Mittel von Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Land und Kreis zusammen. Mit diesen vereinten Kräften wird - vor allem durch unsere Beschäftigungsgesellschaft ZAUG - jungen Menschen in unserem Landkreis am Übergang Schule/Beruf der Weg geebnet. Mit dem Ziel, dass keiner verloren gehen an dieser wichtigen Nahtstelle des Lebens. Eine Gemeinschaftsanstrengung, die genau die Erkenntnis aufgreift und umsetzt, die das zum Jahresende auslaufende Bundes-Modellprojekt „Jugend stärken“ in unserer Region eindrucksvoll am Beispiel Hungen aufgezeigt hat.

- Modellhaft ist auch, wie sich gerade 10 Kindertagesstätten in sieben Kreiskommunen auf den Weg machen. 2014 wollen sie sich zu „Familienzentren“ weiter entwickeln. Ein Prozess, den wir als Landkreis angestoßen haben im Zuge unserer Qualitätsoffensive in der Kindertagesbetreuung und den die Evang. Familienbildungsstätte Gießen für uns im kommenden Jahr umsetzt.
- Auf den Weg gemacht haben sich aber auch zwei Kommunen im Nordkreis mit uns – Allendorf und Rabenau. Gemeinsam wollen wir 2014 erreichen, dass sich Strukturen entwickeln, damit die Menschen im Lumdatal auch in fünf oder zehn Jahren noch ihren Hausarzt um die Ecke finden. Aus der ersten lokalen Gesundheitskonferenz des Kreises im Februar 2013 in Allendorf hat sich eine hoch engagierte Projektgruppe aus den Bürgermeistern, den Ärzten vor Ort, uns und externen Experten gebildet. In diesen Tagen ist der gemeinsame Auftrag für eine Studie erteilt worden, die im Dialog mit allen Gesundheitsanbietern und der Politik das beste Modell herausarbeiten soll, wie Arztstühle im Lumdatal gesichert werden können, ist doch die Gefahr der künftigen Unterversorgung hier kreisweit am größten.
- Einen weiteren Schritt zukunftsfähiger werden 2014 auch die Schulen im Landkreis werden. Damit Bauschäden erst gar nicht entstehen und zu teuren Investitionen werden, haben wir die Mittel zur Bauunterhaltung

in zwei Stufen 2013 und 2014 von einst 2,6 auf heute 4,2 Mio. € deutlich erhöht. Ziel ist es, künftig den allgemein anerkannten Richtwert von 1,2% des Anlagevermögens, das wären dann 5,0 Mio. € jährlich, zum Erhalt unserer Gebäude bereit zu stellen.

Wenn es uns dann noch gelingt, diese Mittel auch zu verausgaben, ersparen wir uns in der Zukunft manch teure Grundsanierung oder Neubaumaßnahme.

- Bei den klassischen Investitionen im Bereich der Schulen wird es 2014 hingegen etwas ruhiger: 5,5 Mio. € beträgt das Haushaltsvolumen, mit dem das Bau-Team aus dem Dezernat von Kollegin Dr. Schmahl die Komplettsanierung der Adolf-Reichwein-Schule in Pohlheim fortsetzen und die energetische Sanierung an den Gesamtschulen in Linden und Lollar beginnen will.

Aber das ist nur die „Ruhe vor dem Sturm“: Denn in der Pipeline - und der Finanzplanung der Folgejahre - stecken mehrere Großprojekte, die vor allem 2015 und 2016 in voller Ausprägung nicht nur unsere Baufachleute, sondern auch unseren Haushalt erheblich belasten werden:

- Der Neubau der Erich-Kästner-Grundschule in Lich mit geschätzten knapp 10 Mio. € steht an.
- Die Grundsanierung in Brandschutz und Energetik der Willy-Brandt-Berufsschule wird mit 12-15 Mio. € taxiert.
- Die Totalsanierung samt Anbauten an die Grundschule Krofdorf-Gleiberg kommt mit 6 Mio. € in die konkrete Planungsphase und
- der Bau eines neuen Schulklassentraktes an der Theo-Koch-Schule in Grünberg mit geschätzten 7 Mio. € ist am Horizont erkennbar.
- Nicht zu vergessen die Schul- und Vereinssporthallen in Hungen und Linden, die mit 4,5 bzw. 3,6 Mio. € Investitionssumme in der Finanzplanung zu Buche schlagen und die ersten Projekte sein werden, die wir mit finanzieller und inhaltlich-planerischer Beteiligung der Kommunen stemmen wollen – auch ein Zeichen der Kooperation, Mitverantwortung und der Konsolidierungsanstrengungen.

- Doch nicht nur intakte Gebäudesubstanz in unseren 56 Schulen soll zum Lehren und Lernen animieren: 510.000 € fließen 2014 gemäß des IT-Technologieplans – der 2014 übrigens zur Fortschreibung durch Sie ansteht - in neue PCs, Laptops, Netzwerke und moderne Digital-Tafeln. Die zeitgemäße Technik korrespondiert mit einem M@us-Medienzentrum, das nach Jahren oft massiver Kritik seit geraumer Zeit wieder hervorragende Arbeit macht und allseits großes Lob erfährt. Es ist ihr Verdienst, Frau Kollegin Dr. Schmahl, das sie mit ihrem Team erreicht haben, das es – im positiven Sinne – ruhig geworden ist um das wichtige Thema Schul-IT und das M@us-Zentrum.
- Politische Gestaltung ist im nächsten Jahr aber auch gefragt bei den Schul-Entwicklungsplänen: Jener gerade verabschiedete für die Grund- und Gesamtschulen steht zur Umsetzung an. Derzeit in Vorbereitung für Beratung und Beschlussfassung durch Sie ist der Plan für die Berufsschule. Beginnen werden die Arbeiten 2014 aber auch mit der Fortschreibung des Förderschul-Entwicklungsplans, der im Spannungsfeld der Inklusionsdebatte für 2015 eine angeregte, kontroverse Debatte verspricht.
- Starten wird 2014 mit den Planungsarbeiten aber auch ein weiteres Großprojekt im Millionen-Bereich: Die Rekultivierung der alten Abfalldeponie Reiskirchen, für deren Finanzierung erfreulicher Weise ausreichend Rückstellungen gebildet sind.
- Auch bei den Kreisstraßen – einem lange stiefmütterlich behandelten Thema – geht es 2014 weiter voran. Nachdem seit diesem Jahr die K 149 bei Hungen-Nonnenroth erneuert ist, folgen 2014 der Abschluss des ersten Teils der Ortsdurchfahrt Göbelnrod, der zweite Bauabschnitt Wetterfeld-Lauter, die K 156 bei Fernwald-Albach und der Radweg Trohe-Rödgen. Die Schlaglochstrecke zur Schmelzmühle bei Salzböden soll ebenso ausgebessert werden wie Brückenbauwerke etwa bei Hungen-Trais-Horloff (K186) grundhaft zu erneuern sind.
- Und was gehört mehr zu einer zukunftsfähigen Infrastruktur als die flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitbandnetzen. Weil wir

zusammen mit unseren Kommunen frühzeitig und weitsichtig gehandelt haben, geht der Ausbau in UNSEREM Landkreis mit Hilfe v.a. der Breitband Gießen GmbH zügig voran. 2014 will diese kommunal-private Gesellschaft alle Projekte aus dem 30-Millionen-Euro-Investitionspaket für kreisweit modernste DSL-Netze abgeschlossen oder zumindest begonnen haben. Bis Mitte 2015, so der Plan, wird das Giessener Land dann an die Daten-Autobahn nahezu vollständig angeschlossen sein. Gut, dass wir schneller und besser waren als andere, deren Konzepte die Telekom im Moment wieder überall durch massive Rosinenpickerei zerschießt und am Ende die ländlichen, für sie wirtschaftlich unattraktiven Lebensräume doch wieder abhängt. Das haben wir, haben Sie, Kollegin Schneider, mit den Kommunen und privaten Partnern eindeutig besser hinbekommen. Zudem ohne einen Cent Zuschuss aus dem Kreishauhalt. Auch das ist nicht überall selbst verständlich.

- Die touristische Infrastruktur soll 2014 mit dem kreisweiten Radwegekonzept weitere Aufwertung erfahren. Die Beschilderung der ersten Radrouten quer durchs Giessener Land soll 2014 starten – auch hier erwarten wir bei 100.000 € Ausgaben einen 80% Zuschuss des Landes – gut investiertes Geld zur Förderung von Tourismus und Regionalentwicklung.
- Ein Zukunftsthema ist und bleibt die Energie- und Klimaschutzpolitik: Im Rahmen der Kreisstrategie sollen die innovativen Konzepte und Projekte aus der Stabstelle Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung auch 2014 konsequent fortgesetzt werden. Ein zu 80% vom Bund finanzierter Klimaschutz-Manager soll weitere Impulse setzen bei Firmen, Privatleuten und Kommunen vor allem hinsichtlich der Energie-Effizienz. Die Entscheidung über die Vergärung und damit erstmals energetische Nutzung der 35.000 Tonnen Bioabfall unserer Kreisbürger wird 2014 zu fällen sein. Damit rechtzeitig in 2016 eine verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Technik für diese Form der regenerativen Energieerzeugung zur Verfügung steht.  
3,6 Mio. € Zuschüsse aus dem Invest-Pakt des Landes konnten die Kollegen des Fachbereichs Bauen für die energetische Sanierung der Clemens-Brentano-Schule in Lollar, der Anne-Frank-Schule in Linden und

der Willy-Brand-Berufsschule akquirieren. Fördermittel, die uns Geld und viele Folgekosten für Strom und Wärme einsparen helfen.

- Nicht zu vergessen beim Thema Klimaschutz ist das erste Elektro-Auto im Fuhrpark des Kreises, das Dezernenten-Kollege Haas nach mühsamer Fördermittel-Aquise vor wenigen Tagen in Betrieb genommen hat. Das zweite soll 2014 folgen.
- Dazu passt das Thema Öffentlicher Personennahverkehr, den wir erstmals in einem eigenen Produkt im Haushalt auf Seite 350 bis 352 abbilden, um Aufwand und Ertrag dieser für den ländlichen Raum wichtigen kommunalpolitischen Aufgabe dieses Hauses nicht länger hinter Gewinn- oder besser Verlustpositionen des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe zu verstecken. Wir erhoffen, dass der ÖPNV unter anderem damit den Stellenwert in der Kreispolitik bekommt, den er verdient. Denn wer die Stärkung des ländlichen Raums in Wahlkampf-Reden anmahnt, der darf in den nächsten Tagen an anderer Stelle nicht – Stichwort: ZOV-Gremien – den Finger heben für weitere Standardabsenkungen und Streichung von Busverbindungen. Denn ÖPNV ist eine kommunale Pflichtaufgabe, für die uns das Land ab 2016 ebenso „bedarfsgerecht“ finanziell ausstatten muss.
- Bedarfsgerecht aufstellen wird der Fachdienst Gefahrenabwehr in unserem Haus unter ihrer Leitung, Frau Landrätin, 2014 gleich mehrere wichtige Projekte. Im Focus steht das Konzept eines mittelfristig neuen Gefahrenabwehrzentrums mit oder ohne Beteiligung der Stadt Gießen, wofür 210.000 € Planungskosten im Haushalt bereitstehen. Kurzfristig nehmen sie aber auch die IT-Ausstattung der Leitstelle, deren Qualitätssicherung und die kritische Überprüfung der Organisationsstruktur mittels externer Analyse in den Blick. Die Einführung von IVENA – dem hessenweiten Integrierten Versorgungsnachweis – wird 2014 ein Quantensprung darstellen in der dann erstmals digital-basierten, schnellen und zielgerichteten Einweisung von Notfallpatienten in die Kliniken, deren freie Kapazitäten dann hessenweit auf einen Blick und nicht erst nach unzähligen Telefonaten durch die Einsatz-Sachbearbeiter der Leitstelle erkennbar sein werden.

Nicht zuletzt kommt das Feuerwehr-Fahrzeug-Kreiskonzept mit 470.000 € Ausgaben für die Übernahme von zwei Tanklöschfahrzeugen in Grünberg und Linden und Einnahmen aller Kommunen per Umlage in gleicher Höhe 2014 so richtig in Fahrt. Es ist ein hessenweit ebenso modellhaftes, gefördertes und beachtetes IKZ-Vorzeige-Projekt wie die gemeinsame Personal-Service-Stelle zwischen Wetttenberg, Staufenberg, Laubach und der Kreisverwaltung, die 2014 in ihr zweites volles Jahr geht.

- Für mehr Transparenz im Haushaltsplan soll neben dem vorhin erwähnten neuen Produkt ÖPNV aber auch die erstmalige inhaltliche Darstellung dessen sorgen, was sich an Leistungen für Menschen mit Behinderungen im Gießener Land hinter der 45 -Mio.-€ umfassenden Verbandsumlage des Landeswohlfahrtverbandes verbirgt. Auf Seite 245 zeigen wir Ihnen auf, dass diesen Ausgaben Leistungen des LWV in unserem Landkreis im Umfang von fast 53 Mio. € gegenüber stehen.
- Aber auch die weitere Ausweitung der kennzahlen-gestützten Steuerung durch Balanced Scorecards – diesmal neu für das Produkt des Zentralen Vergabemanagements – soll Ihnen Ihre Arbeit mit dem Zahlenwerk des nächsten Jahres erleichtern.

Die 8. Botschaft ist die letzte für heute Abend:

Ich sage **vielen Dank an das Team meines Fachdienstes Finanzen** um Jutta Heieis und Klaus-Dieter Schmitt für diese erneute Fleißarbeit. Unterstützt vom Stab Controlling und den Leitungen aller Organisationseinheiten haben sie auch dieses Jahr wieder den mehrmonatigen, detaillierten Zeitplan des Prozesses der Haushaltsplan-Aufstellung exakt und auf den Tag genau eingehalten.

Anrede,

unsere Fachleute aus allen Bereichen stehen Ihnen für Ihre Beratungen und Rückfragen unterstützend gerne zur Verfügung.

Ich wünsche anregende Beratung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.